

Artikel von der Titelseite →

SPD fordert Mieterhöhungsstopp

Zwölf-Punkte-Plan vorgelegt – Regelung soll für fünf Jahre gelten

Berlin. (AFP) Nur wenige Tage nach den Mietrechtsverschärfungen durch die große Koalition hat die SPD einen neuen Plan im Kampf gegen steigende Mieten vorgelegt. Nötig sei ein „Mietenstopp für fünf Jahre“, forderten Parteichefin Andrea Nahles und SPD-Vize Thorsten Schäfer-Gümbel und riefen die Union auf, den Weg für eine „wirksame Mietenwende“ freizumachen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion kritisierte den Vorstoß, Mietsteigerungen auf die Höhe der Inflationsrate zu deckeln, hingegen als „fachlich nicht durchdacht“.

Nahles und Schäfer-Gümbel veröffentlichten einen Zwölf-Punkte-Plan, der weit über die bisher von der großen Ko-

alition gefassten Beschlüsse hinausgeht und unter anderem einen sogenannten Mietpreisstopp vorsieht. Überall dort, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist, sollten Mieten für einen Zeitraum von fünf Jahren nur noch in Höhe der Inflationsrate erhöht werden dürfen. Diese Teuerungsrate lag in Deutschland zuletzt bei rund zwei Prozent.

„Jetzt kommt es auf CDU und CSU an“, sagte Parteichefin Nahles. Auf dem Wohngipfel am 21. September im Bundeskanzleramt habe die Union „die Chance, die Lage der Mieter deutlich zu verbessern“. Zu dem Treffen hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) eingeladen. > Kommentar S. 2 / Politik S. 11

Wohnen in Deutschland

Durchschnittliche Nettokaltmiete* für eine normierte Wohnung (75 m²) in ausgewählten Städten in Euro pro Quadratmeter

Stadt	2. Quartal 2018	Veränderung zum Vorjahresquartal in %
München	16,45 €	6,8 %
Stuttgart	12,04	8,4
Frankfurt	11,67	3,6
Freiburg	10,84	2,7
Hamburg	10,43	2,3
Mainz	9,93	2,9
Köln	9,87	2,2
Regensburg	9,51	8,2
Berlin	9,33	8,9
Bremen	7,54	5,0
Dresden	6,39	0,5
Leipzig	5,39	3,7

dpa • 29013 *Neuvertrags- bzw. Angebotsmieten Quelle: F+B-Wohn-Index



In München und Stuttgart sind die Mieten im vergangenen Jahr am stärksten gestiegen – aber auch in Dresden, wo dieser Wohnblock steht, gab es einen Anstieg. Grafik/Foto: dpa

Die Mieten sollen eingefroren werden

SPD will Steigerungen über der Inflationsrate verbieten – Gesetz soll Preisexplosion stoppen – Union und Vermieter protestieren

Von Katja Räther

Berlin. Um steigende Mieten einzudämmen, will die SPD in der Wohnungspolitik deutlich über die bisherigen Koalitionsbeschlüsse hinausgehen. „Wir wollen einen Mietenstopp, um die Preisspirale zu unterbrechen“, heißt es in einem gemeinsamen Papier der Parteivorsitzenden Andrea Nahles und ihres Stellvertreters Thorsten Schäfer-Gümbel, der Spitzenkandidat bei der bevorstehenden Landtagswahl in Hessen ist. „In den nächsten fünf Jahren sollen Mieten nur noch um die inflationsbedingte Preissteigerung erhöht werden dürfen – überall dort, wo der Wohnungsmarkt angespannt ist.“ Kritiker wittern Wahlkampfgetöse, die Union tat die Pläne als „fachlich nicht durchdacht“ ab.

Justizministerin Katarina Barley (SPD) pocht auf Beschlüsse, um steigenden Mieten entgegenzuwirken. „Wir brauchen neue, langfristige Antworten für das Mieten und Bauen der Zukunft“, sagte Barley. „Ein wichtiger Aspekt ist der Umgang mit hohen Bestandsmieten. Dazu gehören zudem weitgehend staatliche Investitionen, private Mittel und gesetzliche Regelungen.“

Der stellvertretende rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jan-Marco Luczak, sprach von „neuen, unabgestimmten Vorschlägen“ und warf der SPD ein „durchsichtiges Manöver für den Wahlkampf in Hessen

und Bayern“ vor. Im „Hessenplan“, dem Wahlprogramm von SPD-Spitzenkandidat Schäfer-Gümbel, steht das Thema Mieten ganz oben: „Dafür werden wir mehr bauen, Landes-Grundstücke mobilisieren und die Mieterrechte stärken“, heißt es dort.

Der Vizevorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion, Michael Theurer, sieht in dem SPD-Papier einen „sozialistischen Irrweg“. Der bau- und wohnungspolitische Sprecher der Grünen-Fraktion, Chris Kühn, erklärte: „Dieses Papier zeigt, wie unzufrieden die SPD selbst mit der letzten Mietrechtsnovelle und der Wohnungspolitik der Bundesregierung ist, deren Teil sie ist.“ Der Linke-Vorsitzende Bernd Riexinger erklärte: „Offenbar ist die Bundesregierung auch bei diesem Thema uneins.“

Das Kabinett hatte erst in dieser Woche ein Gesetz zum Schutz vor überhöhten Mieten auf den Weg gebracht. Es soll die geltende Mietpreisbremse verschärfen und die finanzielle Beteiligung von Mietern an Modernisierungskosten begrenzen. Die SPD will weitergehen: „Der Druck auf dem Mietmarkt ist heute so dramatisch, dass wir zusätzliche Maßnahmen ergreifen müssen“, hieß es.

Nach Einschätzung des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft kann der schnelle Anstieg der Mieten in Ballungszentren nicht allein in den Städten bekämpft werden. Verbandspräsident Axel Gedaschko forderte: „Die entwicklungs-fähigen Städte in den ländlichen Regionen müssen in die Überlegungen für mehr bezahlbaren Wohnraum einbezogen werden.“

Nahles und Schäfer-Gümbel nannten als beste Mietpreisbremse „Bauen, bauen, bauen – und zwar bezahlbare Wohnungen“. Dafür müssten Kommunen nicht genutzte Baugrundstücke mit höheren Abgaben belegen können, um die Spekulation zu begrenzen und Anreize zu setzen, zügig zu bauen. Baurechte in Innenstädten sollten verstärkt mit Baupflichten einhergehen, hieß es weiter.

Eine Begrenzung von Mieterhöhungen auf die Inflationsrate wäre für Vermieter ein großer Einschnitt: Sie liegt in Deutschland bei zwei Prozent. Bislang darf die Miete binnen drei Jahren um bis zu 15 Prozent erhöht werden. Beim Eigentümerverband Haus und Grund kommt der „Mietenstopp“ deshalb schlecht an. Davon halte man „rein gar nichts“, so Geschäftsführer Alexander Wiech.